



### Presseschau vom 02.02.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends / nachts:

de.sputniknews.com: Teil von „Kreml-Bericht“ geheim – US-Finanzministerium erklärt, warum:

Das US-Finanzministerium hat am Donnerstag erläutert, zu welchem Zweck ein Teil des vor wenigen Tagen veröffentlichten sogenannten „Kreml-Berichtes“ für vertraulich erklärt worden ist.

„Das Finanzministerium inkludierte im Bericht eine vertrauliche Anlage, um einen potentiellen Abzug der Aktiva der im Dokument aufgezählten Personen und Organisationen zu vermeiden sowie um die Offenlegung von Informationen zu verhindern“, heißt es in der Erklärung des Ministeriums.

Das US-Finanzministerium hatte in der Nacht zum Dienstag den sogenannten „Kreml-Bericht“ veröffentlicht. Darin sind 114 russische Politiker sowie Beamte und 96 Geschäftsleute erwähnt. Die Liste sieht keine sofortigen Sanktionen gegen diese Personen vor, könnte aber eine künftige Verhängung bedeuten.

Wladimir Putin nannte den Bericht einen „unfreundlichen Akt“, der den ohnehin in einer schwierigen Lage befindlichen russisch-amerikanischen Beziehungen schade. Moskau werde jedoch von Gegenmaßnahmen absehen und die Entwicklung der Situation verfolgen, betonte der russische Präsident.

*armiyadnr.su: Heute um 19:24 Uhr ereignete sich ein weiterer Akt des Terrors von der ukrainischen Seite – es gab eine Explosion am Gebäude des Verteidigungsministeriums der*

DVR. Vermutlich wurde das Gebäude beschossen. Informationen über Zerstörungen und Verletzte werden noch ermittelt.



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-02/thumbs/1517551624\\_screenshot\\_5.png](http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-02/thumbs/1517551624_screenshot_5.png)

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des Kommandos der Streitkräfte der DVR: Heute um 19:24 Uhr ereignete sich ein empörender Fall, ukrainische Terroristen haben das Gebäude des Verteidigungsministeriums der DVR beschossen. Diese provokative Handlung ist ein Versuch der Destabilisierung der Lage in der Republik. Es darf auch nicht ausgeschlossen werden, dass diese terroristische Aktion mit der Vorbereitung auf Angriffsaktionen, die die ukrainischen Streitkräfte durchführen werden, in Zusammenhang steht.

Es muss angemerkt werden, dass die ukrainische Armee und die Spezialdienste bei weitem nicht zum ersten Mal verbrecherische Methoden der Kriegsführung verwenden, ohne auf Opfer unter der Zivilbevölkerung Rücksicht zu nehmen. Wir wenden uns an die Bürger der DVR, Ihre Wachsamkeit und Bewusstheit ist ein Unterpfeiler für die Ihre Sicherheit und die der Republik.

de.sputniknews.com: **Anschlag auf Donezk-Verteidigungsminister** – nach Beispiel von Mord an Volkswehr-Chef?

Eine Gruppe von Saboteuren hat am Donnerstagabend den Verteidigungsminister der selbsterklärten Volksrepublik Donezk (VRD), Wladimir Kononow, überfallen. Das berichtete der Telegram-Kanal WarGonzo.

Wie es heißt, haben die Täter das Gebäude des Verteidigungsministeriums aus einer Entfernung von 50 bis 70 Metern mit Granatengewehren beschossen. Das Ziel sei das Fenster des Arbeitszimmers des Ministers gewesen. Kononow soll überlebt haben.

Am 8. Februar 2017 wurde der 36-jährige Kommandeur des Volkswehr-Bataillons „Somali“, Michail Tolstych (bekannt unter seinem Kampfnamen „Giwi“), in seinem Büro in der Stadt Makejewka durch eine thermobarische Rakete getötet, die aus einem tragbaren Raketenwerfer vom Typ Schmel abgefeuert worden war.

Das Volkswehr-Bataillon „Somali“ kämpft seit 2014 im Donbass gegen die ukrainischen Regierungstruppen und Kiew-treuen Nationalistenverbände.

Dan-news.info: Eine Drohne wurde vor einiger Zeit über dem Gebäude des Verteidigungsministeriums der DVR bemerkt, das heute Abend mit einem Granatwerfer beschossen wurde, teilte ein Korrespondent von DAN vom Ort des Geschehens mit. Von der Drohne berichteten Soldaten, die sich in der Nähe des Beschussortes befanden. Vermutlich führt die Drohne der ukrainischen Armee derzeit die Luftaufklärung weiter.

Dan-news.info: „In der zweiten Etage des Verteidigungsministeriums wurde ein Gegenstand gefunden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass er vermint war. Jetzt arbeiten Spezialisten an ihm. Möglicherweise muss er vor Ort vernichtet werden“, teilte der stellvertretende Kommandeur der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin gegenüber Journalisten mit.

Er unterstrich, dass der verdächtige Gegenstand bei der Untersuchung des Gebäudes nach dem heutigen Beschuss gefunden wurde.

„Zum Zeitpunkt des Beschusses befand sich in dem Gebäude nur die diensthabende Schicht. Auch der stellvertretende Verteidigungsminister Sergej Welikorodnyj hatte Dienst. Diese Provokation ist auf eine Eskalation des Konflikts gerichtet“, sagte Basurin weiter.



[http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node\\_pic/public/razminirovanie\\_1.jpg](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/razminirovanie_1.jpg)

de.sputniknews.com: Lawrow besorgt: Einige Länder nicht mehr immun gegen Nazi-Virus  
Die Immunität gegen das „Nazi-Virus“ ist laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow in einigen Ländern schwächer geworden. Besondere Besorgnis rufe die Situation in der Ukraine hervor, wo Neonazis und Radikale die Schwingen entfaltet hätten.

„Bedauerlicherweise ist die Immunität gegen das Nazi-Virus in einigen Ländern deutlich schwächer geworden. Heutzutage sind wir Zeuge davon, dass unsaubere Versuche unternommen werden, die Geschichte zu verfälschen, Befreiungssoldaten zu verleumden, sich Methoden zum Reinwaschen von Nazis und ihren Lakaien auszudenken“, sagte Lawrow am Donnerstag bei einer Gedenkfeier anlässlich des 75. Jahrestages des Sieges der Roten Armee in der Schlacht von Stalingrad.

Als wichtigste Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg bezeichnete er das Bewusstsein der Notwendigkeit, alles zu tun, um eine Wiederholung von derartigen Tragödien in Zukunft zu verhindern.

„Wir dürfen nicht vergessen, zu welchen katastrophalen Folgen das Streben nach der Weltherrschaft führen kann, basierend auf der Überzeugung der eigenen Ausschließlichkeit“, so der Chefdiplomat.

Die Schlacht von Stalingrad ist eine der bekanntesten Schlachten des Zweiten Weltkrieges. Die Vernichtung der 6. Armee von Feldmarschall Paulus am 2. Februar 1943 galt als psychologischer Wendepunkt des im Juni 1941 vom Deutschen Reich begonnenen Deutsch-Sowjetischen Krieges.

### Vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **sechsmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Logwinowo und Kalinowo**. Geschossen wurde mit 152mm-Artillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schützenpanzerwaffen.

de.sputniknews.com: USA besorgt über steigenden Einfluss Russlands in Lateinamerika  
Der US-Außenminister Rex Tillerson hat seine Besorgnis über den wachsenden Einfluss Russlands und Chinas in Lateinamerika geäußert und die Länder der Region vor einer steigenden Abhängigkeit gewarnt.

Tillerson hatte am Donnerstag seine einwöchige Südamerika-Reise begonnen.

Die steigende Präsenz Russlands in der Region löse Besorgnis aus. Russland verkaufe weiter Waffen und militärische Ausrüstung an feindliche Regimes, welche die demokratischen Werte nicht teilen würden, so Tillerson. Die Region solle unangreifbar gegenüber fremden Mächten bleiben, die ihre Werte nicht teilen.

Washington strebe im Gegensatz zu Russland und China nicht nach „schnellem Gewinn“, sondern wolle eine gegenseitig vorteilhafte Partnerschaft in der westlichen Hemisphäre aufbauen.

Tillerson zufolge biete China für Lateinamerika „einen anziehenden Entwicklungsweg“ auf Basis der staatlichen Ressourcen, was zu einer dauerhaften Abhängigkeit von Peking führen würde. Dies würde dem Industriesektor schaden sowie zu Gehaltsabbau und Arbeitslosigkeit führen. In der Tat biete China einen kurzfristigen Nutzen, der jedoch eine langfristige Abhängigkeit mit sich bringe.

Lateinamerika brauche keine neuen imperialen Mächte, die nur auf ihren eigenen Vorteil achten würden.

Der US-Außenminister soll im Zeitraum von 1. Bis 7. Februar Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien und Jamaika besuchen.

de.sputniknews.com: EU will Balkan eingliedern – um Moskaus Einfluss einzudämmen – Medien

Die EU will sechs Balkan-Ländern vorschlagen, der Union beizutreten, um den Einfluss Russlands und den Einwandererstrom zu bekämpfen, schreibt die „Financial Times“.

Demnach schickt die EU den Vorschlag an Albanien, Serbien, Montenegro, die selbsterklärte Republik Kosovo, Mazedonien sowie an Bosnien und Herzegowina. Die Entscheidung zu diesem Angebot hänge damit zusammen, dass der Einwandererstrom aus dem Balkan sehr groß ist und die aktuelle Migrationskrise auslöste.

Außerdem soll Europa befürchten, dass Moskau seinen Einfluss in der Region stärken und

angeblich „das steigende Misstrauen gegen EU-Versprechungen auf eine Mitgliedschaft ausnutzt und sich als alternativen Partner vorschlägt“.

Die Pläne zur Ausweitung sind laut dem Magazin in einem Dokument der EU-Kommission vorgestellt, das am Dienstag veröffentlicht werde. Als Deadline soll das Jahr 2025 gelten, es sei aber eher als Motivationsanstoß zu werten. Von den sechs Kandidaten eröffneten nur zwei – Serbien und Montenegro – Verhandlungen zum EU-Beitritt.

Europa durchlebt heute die schwerste Migrationskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Diese ist vor allem auf etliche bewaffnete Konflikte und akute Wirtschaftsprobleme in Ländern Afrikas und des Nahen Ostens zurückzuführen.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 15.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.).

Gestern wurde von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ein Industriegebiet von **Dokutschajewsk** beschossen. In Folge von Mörserfeuer und Feuer mit großkalibrigen Schusswaffen wurden die erdölverarbeitende Fabrik sowie ein Wohnhaus beschädigt. Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 159. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 519.

Wir erinnern daran, dass ab 1:00 Uhr (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.

de.sputniknews.com: „Russland ist kein Freund der USA“ – UN-Botschafterin Nikki Haley  
Russland ist laut der US-Botschafterin bei der Uno, Nikki Haley, kein Freund der USA, wie der TV-Sender „Fox News“ berichtet.

„Russland ist nicht unser Freund“, so Haley bei einem Treffen der Republikanischen Partei in West Virginia.

„Es gibt viele Dinge, an denen wir weiter zusammen arbeiten können, und wir werden dies tun, wo wir es können. Aber Russland ... wird nicht zu unserem Freund, solange sich seine Regierung an seine aktuellen Werte hält und sich auf der Weltbühne wie jetzt benimmt“, sagte sie weiter.

Darüber hinaus warf sie Moskau erneut vor, sich in die US-Wahlen eingemischt zu haben. Sie verwies darauf, dass die aktuelle Leitung des Weißen Hauses härter gegen Russland agiere als „jegliche Administration seit Ronald Reagan“.

Im US-Kongress laufen unabhängige Ermittlungen zur „russischen Einmischung“ in die US-Präsidentchaftswahlen, die Donald Trump gewonnen hat. Eine ähnliche Untersuchung ist beim FBI im Gange. US-Medien veröffentlichen unter Berufung auf anonyme Quellen regelmäßig Berichte über angebliche Kontakte von Mitgliedern des Wahlkampfstabes von Trump mit russischen Beamten und Unternehmern. Russland hat die Anschuldigungen hinsichtlich einer angeblichen Einmischung in die US-Wahlen wiederholt als haltlos zurückgewiesen.

Dan-news.info: Gestern Abend wurde das Gebäude des Verteidigungsministeriums der DVR beschossen. Das Gebäude wurde mit einem Granatwerfer angegriffen, der in der Nähe von Mehretagenwohnhäusern in der Tscheljukinzew-Straße im Kiewskij-Bezirk von Donezk

stationiert war. In Folge eines Schusses wurden zwei Häuser beschädigt. Die Gebäude erhielten unwesentliche Schäden an den tragenden Konstruktionen, in neun Wohnungen wurden die Fensterscheiben zerstört.

Vor Ort arbeiten nun Vertreter der Verwaltung des Kiewskij-Bezirks. Der Schaden wird eingeschätzt, die Fenster werden ausgemessen, und anschließend repariert. Der Sicherheitsgürtel um das Verteidigungsministerium wurde aufgehoben.

„Gestern haben wir sofort provisorische Maßnahmen ergriffen – wir haben die beschädigten Fenster mit Folie abgedichtet. Heute bis Ende des Tages haben wir vor, alle 19 beschädigten Fenster in den mehrstöckigen Häusern in der Tscheljukinzew-Straße 212 und 212a neu zu verglasen“, teilte der Leiter der Verwaltung Kiewskij-Bezirks Walentin Lewtschenko mit. Er erläuterte, dass die Verglasungen von neun Wohnungen in der ersten und der dritten Etage beschädigt wurden. Vor Ort arbeiten kommunale Dienste.

de.sputniknews.com: Krim unter Sanktionen häufiger von Ausländern besucht als zuvor  
Seit der Verhängung der Sanktionen besuchen mehr ausländische Touristen die Krim als vor ihrer Verhängung. Über diese Statistik sprach der Chef des Krim-Parlaments Wladimir Konstantinow.

Nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland waren Sanktionen über die Halbinsel verhängt worden. Die westlichen Länder erkannten die Ergebnisse des Referendums über eine Wiedervereinigung nicht an und erlegten eine ganze Reihe von wirtschaftlichen und politischen Einschränkungen auf.

Es bestehe kein Mangel an ausländischen Delegationen, so Konstantinow. Allein im vorigen Jahr hätten Vertreter von 60 Ländern die Halbinsel besucht. Als die Krim noch nicht sanktioniert gewesen sei, habe die Halbinsel weniger Besucher verzeichnet. Es gebe kein schnelles und direktes Ergebnis, aber dies sei bei Volksdiplomatie die Regel. Konstantinow äußerte die Hoffnung auf eine öffentliche Meinungsänderung im Westen. Diese würde aktuell auch stattfinden.

Am „sanktionierten“ Flughafen von Simferopol würden laut Konstantinow täglich 220 Flugzeuge landen. Das sei fantastisch, sogar in der Sowjetzeit habe die Krim solche Zahlen nicht verzeichnet. Die Entwicklung einiger Wirtschaftsbranchen, wie beispielsweise der Luftverkehr und die Entwicklung der Seehäfen, werde allerdings ohne Sanktionen leichter zu bewerkstelligen sein. Die Behörden würden jedoch von der tatsächlichen Situation ausgehen. Die Entwicklung der Krim würden keine Sanktionen stoppen können, so Konstantinow. Dabei unterstrich der Politiker, dass eine Einschätzung des durch die Sanktionen hervorgerufenen wirtschaftlichen Schadens schwierig sei. Im Vergleich zur Zeit unter der ukrainischen Regierung sei alles gut. Es gebe keine äußerst schlechten sozialökonomischen Kennziffern, sie seien alle höher als unter der früheren Regierung. Die Ukraine habe beinahe ein Vierteljahrhundert die Krim regiert, ohne Sanktionen. Es habe aber keine Investitionen, keine Entwicklung und auch keine ausländischen Touristen gegeben...

ukrinform.ua: Sobtschak wird Krim nur mit Erlaubnis ukrainischer Behörden besuchen  
Die russische Präsidentschaftskandidatin Ksenija Sobtschak erklärte in einem Interview mit RTVI, sie werde die Krim nur mit der Erlaubnis der ukrainischen Behörden besuchen, berichtet Ukrinform unter Bezugnahme auf den ukrainischen Fernsehnachrichtensender „24 Kanal“.

„Die Krim gehört nach internationalen Abkommen der Ukraine. In jedem Fall werde ich dorthin vom ukrainischen Territorium aus kommen“, sagte Sobtschak.

Im Moment plant sie nicht, die durch Russland besetzte Halbinsel Krim zu besuchen, aber schließt solche Möglichkeit nicht aus.

Die russischen Präsidentschaftswahlen finden am 18. März statt.

Neulich hat die russische Zentralwahlkommission die TV-Moderatorin Ksenija Sobtschak als Präsidentschaftskandidatin registriert.



[https://static.ukrinform.com/photos/2017\\_10/thumb\\_files/630\\_360\\_1508938568-4218.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2017_10/thumb_files/630_360_1508938568-4218.jpg)

### **nachmittags:**

Lug-info.com: Einwohner von Lugansk haben heute das Andenken ihres bekannten Landsmanns, des Marschalls der UdSSR, des zweifachen Helden der Sowjetunion Kliment Woroschilow geehrt.

An der Veranstaltung, die im Zentrum der Hauptstadt der Republik am Denkmal des Marschalls im Vorfeld seines 137. Geburtstags stattfand, nahmen Vertreter der Stadtverwaltung, Aktivisten der gesellschaftlichen Bewegung „Mir Luganschtschine“, ihrer Jugendorganisation „Molodaja Gwardija“ und der Jugendorganisation „Jugend für den Frieden“ teil.

Die Teilnehmer der Aktion legten am Denkmal rote Nelken nieder.

„Vor allem ist dies das Gedenken an einen Menschen, der in seinem Leben viel für die Stadt getan hat. Dank ihm gibt es bei uns Universitäten und Straßen. Als er ein höheres Amt einnahm, lebte er nicht in Lugansk, er lebte in Moskau, aber er vergaß unsere geliebte Stadt nie, er erinnerte sich immer an die Menschen, die hier lebten“, sagte nach der Niederlegung der Blumen die stellvertretende Bürgermeisterin von Lugansk Marina Worotnikowa.

Sie merkte an, dass der große Landsmann sich für kein Jahr in seiner Biographie schämen müsse.

„Es ist eine Biographie eines Menschen der Arbeit, eines Menschen des Verstands, eines intelligenten Menschen. Er liebte das Leben sehr und bewertete es hoch. Es ist niemals beschämend sich seiner Geschichte zuzuwenden, es ist zu wünschen, dass die Nachfahren immer an den Taten von Menschen lernen, die für das Leben selbst gearbeitet haben und ihre Heimat geliebt haben“, unterstrich Worotnikowa.

„Kliment Woroschilow ist unsere Geschichte, unsere Erinnerung, die wir von Generation zu Generation weitergeben müssen und immer gegen Versuche sie zu entstellen verteidigen

müssen. Schon traditionell kommen wir zu dem Denkmal, um unseren Stolz auf unsere Landsleute zu zeigen, dank derer Lugansk in der ganzen Welt bekannt ist. Und mit unseren Aktivitäten zeigen wir, dass wir ohne Erinnerung an unsere Landsleute nicht unsere Gegenwart stärken und unsere Zukunft bauen können“, fügte der Vorsitzende des zentralen Stabes von „Molodaja Gwardija“ Wladislaw Ljaschenko hinzu.

Kliment Woroschilow wurde am 4. Februar 1881 im Dorf Werchoje Bachmutskoje (heute die Stadt Lisitschansk im Lugansker Land) in der Familie eines Eisenbahnarbeiters geboren. Ab 1896 arbeitete Woroschilow in der Metallfabrik in Altschewsk. Dort wurde er Mitglied sozialdemokratischer Kreise. 1904 wurde er Mitglied des bolschewistischen Komitees von Lugansk. 1905 hatte er die Funktion des Vorsitzenden des Lugansker Rats inne, er leitete den Streik der Arbeiter, die Schaffung von militärischen Einheiten.

Vom 1907 bis 1917 leistete er im Untergrund Parteiarbeit, wurde mehrfach festgenommen, verbrachte Zeiten der Verbannung im Archangelsker Gouvernement und im Tscherdynskij-Bezirk.

In den Jahren des Bürgerkriegs befasste sich Woroschilow mit der Bildung von Truppenteilen der Roten Armee, er kommandierte eine Armeeeinheit, nahm an der Verteidigung von Zarizyna (später Stalingrad, jetzt Wolgograd) teil.

Ab 1919 wurde Woroschilow zum Volkskommissar für innere Angelegenheiten der Ukraine ernannt, er organisierte die Operationen zur Liquidierung der nationalistischen ukrainischen Einheiten. Zusammen mit Semjon Budjonnyj gründete er die 1. Reiterarmee.

1934 hatte Woroschilow das Amt des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR inne. Im November 1935 wurde er „Marschall der Sowjetunion“.

Zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges kommandierte Woroschilow zuerst die Truppen in Richtung Nordwesten, dann die Leningrader Front. Von 1946 bis 1953 war er stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR. Von März 1953 bis Mai 1960 war er Vorsitzender des Präsidiums der Obersten Sowjets der UdSSR.

Woroschilow starb am 2. Dezember 1969 in Moskau und ist an der Kremlmauer begraben.

Lugansk wurde zweimal in Woroschilowgrad umbenannt: es trug diesen Namen von 1935 bis 1958 und von 1970 bis 1990.



[http://img.lug-info.com/cache/c/3/\(1\) IMG\\_3501.JPG/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/c/3/(1) IMG_3501.JPG/w620h420wm.jpg)

ukrinform.ua: US-Botschafterin fordert Ukraine auf, mit Antikorruptionsgericht vorwärtszukommen

Die Botschafterin der Vereinigten Staaten in der Ukraine, Marie Yovanovitch, hat in einem Interview mit der Sendung „Recht auf Macht“ erklärt, dass die Ukraine mit der Errichtung des Antikorruptionsgerichts vorwärts kommen soll, berichtet Ukrinform unter Berufung auf die ukrainische Internetzeitung pravda.com.ua.

„Ich bestehe darauf, dass man mit dem Antikorruptionsgericht vorwärts kommen muss. Die Gesetzesvorlage von Poroschenko ist in der Werchowna Rada registriert, nun muss sie auf die Tagesordnung gesetzt werden und die Empfehlungen der Venedig-Kommission müssen berücksichtigt werden“, sagte Yovanovitch.

Sie fügte auch hinzu, die Vereinigten Staaten werden weiterhin die Ukraine unterstützen.

„Wir haben sehr feste bilaterale Beziehungen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherheit der Ukraine“, sagte die Botschafterin.

Bekanntlich hat eine Reihe von internationalen Partnern der Ukraine harte Forderungen an Kiew bezüglich des Gesetzentwurfs über das Antikorruptionsgericht gestellt.

de.sputniknews.com: „Verrat“: Ukrainischer Botschafter zu möglichem Abbau von Russland-Sanktionen

Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrej Melnik, hat gegenüber der Funke-Mediengruppe erklärt, dass ein möglicher Abbau der Russland-Sanktionen einen „Verrat an der Ukraine“ bedeuten werde.

Dieser Schritt ist aus der Sicht des ukrainischen Botschafters in Deutschland „nicht nur leichtsinnig und egoistisch, sondern brandgefährlich für Europa“.

„Seine Umsetzung wäre ein Verrat an der Ukraine als Opfer der russischen militärischen Aggression (...) und würde eine Bankrotterklärung der künftigen Außenpolitik Deutschlands bedeuten“, so Melnik.

Ende Januar hatten sich die ostdeutschen Ministerpräsidenten gegen die antirussischen Sanktionen ausgesprochen. Der Regierungschef von Sachsen-Anhalt Reiner Haseloff (CDU) sei der Meinung, dass die Sanktionen ihr Ziel nicht erreicht hätten. Er bezeichnete sie als wirkungsloses Instrument.

Der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel hatte zuvor auch für den Abbau der Russland-Sanktionen plädiert.

Neben diesen Politikern beschwerten sich auch deutsche Firmen über die Auswirkung der Russland-Sanktionen. Melnik ist aber anderer Auffassung. Ihm zufolge haben die deutschen Exporte nach Russland von Januar bis November 2017 um 20,4 Prozent auf ein Volumen von 21,4 Milliarden Euro zugelegt.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen hatten sich wegen der Situation auf der Krim und in der Ukraine verschlechtert. Ende Juli 2014 waren die EU und die USA von Einzelsanktionen gegen Privatpersonen und Unternehmen zu einschränkenden Maßnahmen gegen ganze Sektoren der russischen Wirtschaft übergegangen. Russland verbot im Gegenzug die Einfuhr von Lebensmitteln aus den USA, den EU-Ländern, Kanada, Australien und Norwegen....

Dnr-online.ru: „Das Gesetz über „Reintegration“ des Donbass, wie sie es nennen, das ist ein Gesetz über den Krieg, Handel, was auch immer, aber nicht über Integration. Von Integration kann auch nicht die Rede sein unter Bedingungen, die für die Einwohner der DVR unannehmbar sind. Mit seinen Handlungen stößt Kiew den Donbass weiter und weiter fort“, meinte der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin.

Nach seinen Worten weigert sich die ukrainische Seite bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe in Minsk dieses Gesetz zu erörtern und erklärt dies damit, dass es noch nicht unterzeichnet ist.

de.sputniknews.com: Russische Paralympics in Pyeongchang ohne Erkennungszeichen  
Das Internationale Paralympische Komitee hat bekanntgegeben, dass russische Athleten unter neutraler Flagge auftreten müssen. Die paralympischen Sportler dürfen zudem noch nicht einmal die Aufschrift „Olympiateilnehmer aus Russland“ tragen.

Dmitri Switschschow, Mitglied des Komitees der Staatsduma für Sport und Präsident des russischen Curling-Verbandes, hat im Sputnik-Gespräch seine Hoffnung geäußert, dass russische Paralympics an der Olympiade in Südkorea teilnehmen werden.

„Wir hofften, dass man unsere paralympischen Athleten zulassen würde. Wir glaubten, dass die paralympischen Athleten ohne Vorbedingungen zugelassen werden sollten. Wir beobachten schon lange diese Geschichte um unsere olympischen Athleten: Topsportler, Trainer und technisches Personal wurden entlassen. Ich möchte nicht, dass unsere paralympischen Athleten in die gleiche Situation geraten. Die Teilnahme an den Paralympischen Spielen ist wichtig. Aber wir dürfen nicht zulassen, dass die paralympischen Sportler auf derartige Weise behandelt werden.“

Die Sportler werden als neutrale paralympische Athleten in den Sportarten Ski Alpin, Snowboarding, Biathlon, Rollstuhlcurling und Skilanglauf antreten. Anders als „normale“ Sportler aus Russland werden die behinderten Sportler nicht einmal die Aufschrift „Olympiateilnehmer aus Russland“ haben.

„Dies ist eine schreiende Verletzung unserer Rechte. Das IPC folgt den Entscheidungen der McLaren-Kommission, auf eigenen Schlussfolgerungen. Es gibt kein einziges Beweisstück, alles ist übertrieben, politisiert und banal. Die Sportler sind zu Geiseln einer komplizierten internationalen Lage geworden.“

Das Curling-Team wurde bereits im vergangenen Jahr als Erstes ausgewählt. Dmitri Switschschow äußerte die Hoffnung, dass diese selbstlosen Sportler keine Überraschungen erleben werden wie die führenden russischen Olympiateilnehmer, die so unfair von den Winterspielen in Südkorea ausgeschlossen sind.

„Vor etwa einem Jahr schloss sich Rollstuhlcurling der russischen Curling-Familie an und wurde zu einer neuen Disziplin. Die Jungs sind kraftvolle und talentierte Weltmeister und Preisträger der Paralympischen Spiele.“

Nach den Olympischen und Paralympischen Spielen 2018 soll es ruhiger werden, so der Experte. Er glaubt an das Versprechen des Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees Thomas Bach, ein neues Kapitel aufzuschlagen, von vorne anzufangen, ohne auf die Vergangenheit zurückzuschauen. Dmitri Switschschow hofft, dass Thomas Bach seine Versprechen einhalten wird. Er habe eine gute Einstellung gegenüber Russland, stehe aber unter Druck, so der Experte.

„Wir hoffen, dass die neue Führung des Internationalen Paralympischen Komitees einen Berührungspunkt mit dem russischen Komitee finden wird. Die russische Anti-Doping-Agentur RUSADA arbeitet mit der Moskauer Lomonossow-Universität zusammen, ein sportmedizinischer Cluster wird gebildet. Alle WADA-Anforderungen sollen erfüllt werden. Das hat nichts mit Sport zu tun, das ist eine politisch erfundene Geschichte.“

Am 13. Februar soll das Internationale Paralympische Komitee in Bonn die Entscheidung über die Akkreditierung der Paralympics aus Russland für die Winterolympiade in Pyeongchang treffen.

Das Internationale Paralympische Komitee (IPC) hat die Suspendierung des Russischen Paralympischen Komitees (RPC) verlängert. Nach der Veröffentlichung des McLaren-Berichtes hat das IPC das RPC 2016 disqualifiziert. Infolgedessen wurden russische paralympische Athleten von den Spielen in Rio de Janeiro ausgeschlossen

**Dnrsovet.su: Heute haben die Abgeordneten des Volkssowjets den Bericht über die Arbeit der zeitweiligen Kommission des Volkssowjets der DVR zur Kontrolle und Koordination der Aktivitäten in den am meisten von der militärischen Aggression der Ukraine betroffenen**

Gebiete für die Rechenschaftsperiode vom 21.10.-29.12.2017 gehört.

Die Vorsitzende der Kommission Jekaterina Martjanowa berichtete den Kollegen über die Tätigkeit der Kommission in der Berichtsperiode.

„Die zeitweilige Kommission hält beständig Sprechstunden für Bürger ab und behandelt ihre Anfragen, die mit der militärischen Aggression der Ukraine in den frontnahen Ortschaften zusammenhängen.

In der Berichtsperiode sind etwa 50 Anträge von Einwohnern von Ortschaften in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie bei der Kommission eingegangen.

Die Abgeordneten, die Mitglieder der Kommission sind, haben die Ortschaften besucht, die an die Kontaktlinie grenzen“, berichtete die Abgeordnete.

Die Vorsitzende der Kommission benannte in ihrem Bericht einige aktuelle Probleme, auf die Abgeordneten während ihrer Arbeit gestoßen sind.

„Erstens, Probleme mit der Zuteilung von Baumaterial zum Wiederaufbau zerstörten Wohnraums. Zweitens, schwieriger Zugang zu medizinischen Dienstleistungen und Apotheken. Drittens, Schwierigkeiten mit Einkaufsmöglichkeiten für Lebensmittel und alltägliche Waren. Viertens, Schwierigkeiten mit der Lieferung von technischem und Trinkwasser. Fünftens, fehlende Verkehrsverbindungen und der allgemeine Zustand der Straßen. Sechstens, Unterbrechungen bei der Stromversorgung und bei der Lieferung von Kohle“, zählte Jekaterina Martjanowa auf.

Die Abgeordnete merkte an, dass im Rahmen der Tätigkeit der Kommission viele der genannten Probleme gelöst wurden. So wurde das Problem der Wasserlieferungen für den Bedarf der Bevölkerung vollständig gelöst. Für kritische Perioden wurde vorgeschlagen, den Bedarf an technischem Wasser über Bohrlöcher zu befriedigen. Zu den übrigen Fragen arbeitet die Kommission mit Ministerien und Behörden zusammen.

„Zurzeit wird das Problem des Zugangs zu medizinischer Versorgung durch das Gesundheitsministerium der DVR über die Organisation von Besuchen von Ärzten und Pflegern und durch regelmäßige Fahrten für die Einwohner der Ortschaften in die nächsten medizinischen Einrichtungen zu Untersuchungen und Behandlungen gelöst.

Das Problem des Kaufs von Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs wird derzeit in den Ortschaften im Norden der Republik gemeinsam mit der Verwaltung von Gorlowka und dem Ministerium für Industrie und Handel der DVR gelöst. So wird es mobile Verkaufspunkte in den abgelegenen Ortschaften Michajlowka, Schirokaja Balka und Dolomitnoje geben.

Außerdem wird Arbeit zur Organisation von mobilen Verkaufspunkten in anderen Ortschaften geleistet, es wird die Möglichkeit geprüft, die Handelsketten des staatlichen Wirtschaftssektors heranzuziehen.

Die Frage des Fehlens von Verkehrsverbindungen sowie die Abnutzung des Straßenbelags ist beim Verkehrsministerium in Arbeit. Bis heute wurde die Straße Gorlowka – Oserjanowka repariert und begonnen die Straße Gorlowka – Golmowskij zu schottern. Für 2018 ist eine grundlegende Reparatur dieser Straße geplant“, berichtete die Abgeordnete.

Jekaterina Martjanowa merkte an, dass einige Probleme derzeit wegen der fortdauernden ständigen Beschießungen nicht oder nicht vollständig gelöst werden können. Vor allem betrifft dies die Unterbrechungen in der Stromversorgung und bei der Zuteilung von Baumaterial zum Wiederaufbau zerstörten Wohnraums. Aber auch in solch schwierigen Fällen sucht die Kommission Wege zur Problemlösung. So wurden in Ortschaften, die sich unter Beschuss befinden, Dieselgeneratoren installiert.

Die Vorsitzende bewertete im Ergebnis die Arbeit der Kommission als zufriedenstellend.

de.sputniknews.com: Trotz Sanktionsliste: Russlands Geheimdienstchef besucht USA – Washington kommentiert

Vertreter der Demokratischen Partei haben von der US-Regierung eine Erklärung verlangt,

warum der Chef des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR, Sergei Naryschkin, in die USA einreisen durfte, obwohl er auf der Sanktionsliste steht. Die Sprecherin des US-Außenministeriums Heather Nauert kommentierte die Situation vor der Presse.

„Ich kann Ihnen im Allgemeinen sagen: Wenn etwas nationale Interessen der USA betrifft, können wir – auch wie andere Länder – Ausnahmen machen, sodass Menschen in die USA kommen können“, so Nauert.

Die Außenamtssprecherin weigerte sich, die Situation um Naryschkins Visa direkt zu besprechen. Das sei eine vertrauliche Information, die durch ein Bundesgesetz geschützt werde.

„Das ist wohl kein Geheimnis, dass wir trotz vieler Meinungsverschiedenheiten mit Russlands Regierung auch Bereiche haben, in denen wir zusammen arbeiten müssen, einer davon ist der Kampf gegen Terrorismus und den IS“, sagte Nauert.

Der demokratische Fraktionschef Charles Schumer bezeichnete den Vorfall als „Dienstpflichtverletzung seitens des Präsidenten Trump“ und verlangte Informationen von der US-Administration: Ob Naryschkin US-Beamte aus dem Weißen Haus oder dem Nationaler Sicherheitsrat getroffen und was er mit ihnen besprochen habe.

„Wir verhängen Sanktionen gegen den Leiter ihres Auslandsgeheimdienstes, und dann lädt Trumps Administration ihn ein, durch unsere Haustür angetanzt zu kommen“, meint der Demokrat laut dem Portal ABC News.

Früher hatte die „Washington Post“ berichtet, dass vorige Woche die Chefs einiger russischer Sicherheitsdienste nach Washington gekommen waren. Neben Naryschkin kamen der Leiter des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, Alexander Bortnikow, und der Direktor der Hauptverwaltung beim Generalstab der russischen Streitkräfte, Igor Korobow. Außerdem wurde nach dem Treffen in Washington ein hochrangiger Vertreter der US-Aufklärung nach Moskau berufen, so das Blatt.

Das US-Finanzministerium hatte am 29. Januar eine Liste mit 210 Personen publik gemacht, darunter alle führenden Mitglieder der russischen Regierung und Großunternehmer. Die Liste war im Rahmen der im Sommer 2017 von US-Kongress und —Senat verabschiedeten Sanktionsgesetze gegen Russland, den Iran und Nordkorea angefordert worden, ist aber nicht mit bereits existierenden Sanktionslisten zu verwechseln.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31935/02/319350287.jpg>

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard

Basurin:

In der Republik haben **Mobilisierungsübungen mit Reservisten** stattgefunden.

Zum Militärdienst verpflichtete Bürger sind auf Aufforderung in den Militärkommissariaten erschienen, wo sie ihren entsprechenden Reserveeinheiten zugeordnet wurden. Während der Woche haben die Bürger ihre Fertigkeiten und Qualifikation gemäß ihrem militärischen Fachgebiet aufgefrischt, Technik wieder in Betrieb genommen, danach mit taktischen Übungen und der Erarbeitung von abgestimmten Aktivitäten in den Einheiten begonnen. Unter anderem wurden Übungen mit der Technik und Schießübungen von Panzer-, Artillerie- und Luftabwehreinheiten durchgeführt. Alle Übungen wurden von Offizieren der Streitkräfte der DVR, die Kampferfahrung haben und die besten Ergebnisse bei Übungen gezeigt haben, durchgeführt. Besonders will ich bemerken, dass von den Bürgern, die auf den Militärlisten stehen und die Übungen durchlaufen haben, etwa die Hälfte Veteranen der Miliz und der Streitkräfte der DVR sind, die schon Kampferfahrung haben, und sie sind das Gerüst für neue Reserveeinheiten, wo sie gemeinsam mit aktiven Offizieren die zum Militärdienst verpflichteten Bürger ausbilden.

In den letzten **24 Stunden** wurden **zehn Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 53-mal das Regime der Feueereinstellung verletzt** und 142 Mörsersgeschosse der Kaliber 120 und 82mm auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **15 Ortschaften der Republik beschossen**.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden vier Häuser beschädigt. Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte konzentriert weiter schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie. Im einzelnen:

10 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“;

12 100mm-Antipanzergeschütze „Rapira“;

20 T-64-Panzer.

Außerdem stellt unsere Aufklärung weiter eine Konzentration von Truppengruppierungen in der Zone der sogenannten ATO fest, es werden Maßnahmen zur Auffüllung materiell-technischer Mittel, zur Vergrößerung der Munitionsvorräte der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Kontaktlinie sowie zur Bildung einer Treibstoffreserve durchgeführt.

Es wurde die Ankunft des 1. und 3. Panzerbataillons sowie von rückwärtigen Einheiten der 17. Panzerbrigade im Gebiet von Satischnoje (41 km nordwestlich von Mariupol) registriert. Die militärisch-politische Führung der Ukraine setzt weiter den Plan zum Genozid am eigenen Volk um. Davon zeugen die Konzentration von Truppengruppierungen in der ATO-Zone und die Durchführung von Übungsmaßnahmen mit Reservisten sowie die Durchführung gemeinsamer Übungen von Streitkräften, Sicherheitsdienst der Ukraine, Innenministerium, staatlichem Dienst für Notfallsituation zur Erarbeitung eines Maßnahmenkomplexes im Fall der Aktivierung der Kämpfe in der ATO-Zone.

Gestern haben ukrainische Terroristen das Gebäude des Verteidigungsministeriums der DVR beschossen. Die provokative Handlung ist ein Versuch, die friedlichen Einwohner einzuschüchtern, Panik und Angst zu säen sowie ein Versuch physischer Vergeltung an Vertretern des Kommandos der Streitkräfte.

In der Republik wurden zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen ergriffen, die Personen, die an der genannten Aktivität beteiligt waren, werden in der nächsten Zeit festgenommen werden.

Wir wenden uns an die Bürger der DVR, Ihre Wachsamkeit und Bewusstheit ist ein Unterpand Ihrer Sicherheit und der der Republik.

Die letzte Woche war von einer Kette von Verbrechen der ukrainischen Streitkräfte gegen die Zivilbevölkerung der Republik charakterisiert. Wie schon früher hat das ukrainische

Militärkommando als grundlegendes Ziel für Angriffe Lebenserhaltungsobjekte der Republik gewählt. Sowohl im Fall des Beschusses des Busses im Gebiet von Jelenowka am 21. Januar als auch im Fall der Beschießungen von Wohngebieten in Dokutschajewsk am 22. und 30. Januar, haben OSZE-Mitarbeiter bestätigt, dass der Beschuss aus Richtung der ukrainischen Positionen erfolgte. So wird es dem Kommando der 93. mechanisierten Brigade im Besonderen und der militärisch-politischen Führung insgesamt schon nicht mehr gelingen, die Schuld für das Getane von sich zu weisen, und alle an diesen und anderen Verbrechen gegen die Einwohner des Donbass Beteiligten werden sich gemäß allen internationalen Gesetzen über Kriegsverbrechen verantworten müssen.

Wir merken an, dass, während der Gegner in den vorangegangenen Tagen regelmäßigen provokativen Beschuss in Richtung Mariupol durchgeführt hat, jetzt Verletzungen des Regimes der Feueinstellung in Richtung Donezk erfolgen. Das Kommando der 57. Panzergrenadierbrigade und der 25. Luftlandebrigade setzen die Annahme des Gesetzes „Über die Reintegration“ - tatsächlich über die Okkupation des Donbass – in die Tat um. Und alle diese Verbrechen werden vor dem Hintergrund der Erklärung des besonderen Vertreters der USA Kurt Volker, dass es im Donbass keinen Bürgerkrieg gebe, begangen. Der vorgebliche Waffenstillstand von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ist deshalb eingetreten, weil der Kommandeur der ATO M. Sabrodskij eine strenge Rüge vom Leiter des Generalstabs W. Mushenko wegen grober Verletzung des Punktes der Minsker Vereinbarungen über das Verbot von Beschuss erhalten hat.

Sabrodskij kann bei sich keine Ordnung schaffen, weil die nationalistischen Einheiten und selbst die Luftlandesoldaten sich vollkommen desinteressiert gegenüber dem Kommandeur der ATO und den ukrainischen Streitkräften insgesamt verhalten und die Ausschreitungen und das Feuer auf das Territorium unserer Republik fortsetzen. So zeigt er das Unvermögen der militärischen Führung bei der Kontrolle der Situation in der ATO-Zone.

In den Verbänden und Truppenteilen, die Aufgaben in der ATO-Zone erfüllen, gehen die Fälle von Verletzungen der Brandschutzvorschriften weiter.

Ich erinnere daran, dass am 22. Januar auf dem Territorium eines Zugstützpunktes des 1. Bataillons der 25. Luftlandebrigade im Gebiet von Awdejewka ein Soldat in einem Unterstand in Folge eines Brandes, der die Detonation von Munition nach sich zog, starb. Außerdem wurden Waffen und Eigentum der Einheit vernichtet.

Auch die 30. Brigade zeichnete sich aus. Bei einem Brand in einem Unterstand auf deren Positionen erlitten vier Soldaten zahlreiche Brandverletzungen.

Im Zusammenhang damit hat das Kommando der ATO die Entscheidung getroffen, unangekündigte Kontrollen der Einheiten in der ATO-Zone durchzuführen.

Zum Abschluss möchte ich den Einwohnern unserer Republik versichern, dass wir bei allen Versuchen der ukrainischen Seite, die Lage zu destabilisieren und die Kämpfe entlang der Kontaktlinie zu aktivieren, bereit sind, den Aggressor angemessen abzuwehren.

**Ukrinform.ua: SA in OSZE: Russland schürt brutalen Krieg im Donbass**

Die US-Mission in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) habe in einer Erklärung vom 1. Februar Russland für fortbestehende Verletzungen des Völkerrechts in der Ukraine scharf verurteilt, schreibt die Internetzeitung radiosvoboda.org. „Wir alle kennen die Wahrheit, der brutale Krieg im Donbass wird durch Russland geschürt“, so die Erklärung.

Die Mission der Vereinigten Staaten hat erneut Moskau und seine Protege aufgefordert, den internationalen humanitären Organisationen die Möglichkeit zu geben, den Betroffenen in Konfliktgebieten zu helfen.

In der Erklärung wird weiter darauf hingewiesen, dass die Aggression Moskaus im Osten der Ukraine „zum Konflikt geführt hat, der weiter anhält und bereits 10 000 Leben der Ukrainer gekostet hat“.

Die US-Mission zeigte sich auch besorgt über das Schicksal derjenigen, die „sich tapfer gegen die russische Besetzung der Krim gestellt haben“, insbesondere der Krimtataren, die verfolgt werden, deren Häuser durchsucht und die nach verfälschten Strafverfahren entführt werden. „Wir erkennen nicht an und werden nie die russische Besetzung und Annexion der Krim anerkennen. Krim-Sanktionen gegen Russland werden solange in Kraft bleiben, bis Russland die Halbinsel unter die vollständige Kontrolle der Ukraine übergibt“, steht weiter in der Erklärung.

de.sputniknews.com: Wahlkommission ermahnt Putin-Sprecher: „Solche Erklärungen sind unzulässig“

Die Leiterin der russischen zentralen Wahlkommission, Ella Pamfilowa, hat Kremlsprecher Dmitri Peskow ermahnt. Der Grund dafür ist eine Erklärung von Peskow über den russischen Präsidenten, Wladimir Putin, die die Wahlkommission als Wahlwerbung betrachtet hat. Peskow hat sich bereits dafür entschuldigt.

„Ich ermahne jetzt im Namen der zentralen Wahlkommission den Pressesprecher des russischen Präsidenten. Solche Erklärungen sind in Zukunft zu unterlassen“, sagte Pamfilowa am Freitag in einer Tagung der Wahlkommission.

Pamfilowa nannte die konkrete Äußerung nicht, sondern sagte nur, dass es sich um eine Erklärung von Peskow über Putin vom 29. Januar handele. Als der Kremlsprecher an diesem Tag die Protestaktionen der Anhänger des Kreml-Kritikers Alexej Nawalny kommentierte, sagte er, Putin sei der absolute Wortführer der öffentlichen Meinung und der absolute Wortführer des politischen Olymps, mit dem kaum jemand im Wettbewerb stehen könne. Pamfilowa erinnerte daran, dass Personen, die keine Kandidaten seien und staatliche Positionen innehätten, laut dem Gesetz keine Berechtigung hätten, während des Wahlkampfes ihre Position für politische Werbung zu nutzen.

Peskow entschuldigte sich bereits für seine Erklärung. „Ich werde künftig vorsichtiger sein, um keinen Anlass für solche Ermahnungen zu geben“, so der Kremlsprecher am Freitag gegenüber Journalisten.

Die Präsidentschaftswahl in Russland ist für den 18. März angesetzt. Wladimir Putin kündigte im Dezember seine erneute Kandidatur an.

Dan-news.info: Eine Unterrichtsstunde des Gedenkens „Stalingrad – 200 Tage Mut. Dem Tag des Verteidigers des Vaterlands gewidmet“ fand heute in der Donezker Akademie für Automobilverkehr statt. Sie wurde von der Krankenschwester aus der Hauptstadt der DVR, der Tochter des Verteidigers von Stalingrad Miron Scheremjot, Tatjana Isitschenko durchgeführt.

An der Veranstaltung nahmen Studenten der Hochschule, Vertreter der Verwaltung des Woroschilowskij-Bezirks der Hauptstadt, Aktivisten der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ sowie Beschäftigte der Donezker republikanischen Jugendbibliothek teil.

„Mit 38 Jahren ging mein Vater an die Front und ließ vier Kinder zu Hause zurück. Schon nach dem Krieg erzählte er uns viel über die Schlacht von Stalingrad und immer weinte er dabei“, erinnert sich Isitschenko. „Als seine wichtigste Auszeichnung sah er immer die Medaille „Für die Verteidigung von Stalingrad“ an, nach dem Krieg arbeitete er im Donbass. Einer seiner Urenkel – Alexandr Shurkin absolviert heute ein Fernstudium an der Donezker Verkehrsakademie“.

Die Versammelten ehrten mit einer Schweigeminute das Andenken der Helden des Großen Vaterländischen Kriegs sowie der vier im jetzigen Krieg im Donbass gefallenen Studenten und Absolventen der Donezker Verkehrsakademie.

Die Veranstaltung endete mit Dokumentarfilmen über die Schlacht von Stalingrad, die von der

Donezker republikanischen Jugendbibliothek erstellt wurden. Die Studenten der Akademie trugen auch Verse vor, die den Heldentaten der Verteidiger Stalingrads gewidmet waren.



[https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/02/dan-news.info-2018-02-02\\_10-38-51\\_633845-dsc3186-1024x685.jpg](https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/02/dan-news.info-2018-02-02_10-38-51_633845-dsc3186-1024x685.jpg)

Armiyadnr.su: Heute um 15:15 Uhr hat die ukrainische Seite die **Donezker Filterstation beschossen** und dabei 15 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert sowie Granatwerfer und Schusswaffen eingesetzt.

Das Personal der Station wurde in den Schutzraum evakuiert.

Die ukrainischen Streitkräfte hören trotz der Anfrage des GZKK nach einem Regime der Ruhe nicht auf, lebenswichtige Infrastrukturobjekte der Republik zu beschießen.

de.sputniknews.com: Ukraine will eigene Cyber-Truppen aufbauen

Die Ukraine erwägt die Möglichkeit, Cyber-Truppen in den eigenen Streitkräften zu bilden.

Details zu dem neuen Vorhaben der Kiewer Regierung hat der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine, Alexander Turtschinow, genannt.

Ein moderner Krieg sei ohne Cyber-Verteidigung und Cyber-Angriffe nicht vorstellbar, sagte Turtschinow. „Wir werden die Frage, über die der Generalstab berichtet hat, über die Bildung von Cyber-Truppen in der Struktur der ukrainischen Streitkräfte, unbedingt behandeln. Das ist eine ernsthafte Frage, wir werden daran arbeiten, bei uns arbeiten in dieser Richtung sowohl der Auslandsgeheimdienst als auch der militärische Aufklärungsdienst.“

Der Aufbau solcher Truppen sei im Nationalen Zentrum für Cyber-Sicherheit besprochen worden, fügte Turtschinow hinzu.

Am Freitag hat der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats das Operative Zentrum für Reaktion auf Cyber-Bedrohungen eröffnet, das mit den Nato-Ländern zusammenarbeiten soll. Turtschinow hat auch erklärt, die Ukraine habe seit zwei Jahren Milliarden US-Dollar durch Cyber-Angriffe verloren

ukrinform.ua: Klimkin und Niederlande werden gemeinsam gegen russische Propaganda kämpfen

Der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine, Pawlo Klimkin, habe mit der

Innenministerin der Niederlande, Kajsa Ollongren, vereinbart, im Bereich der Cybersicherheit und der Bekämpfung der russischen Propaganda zusammenzuarbeiten.

Über das produktive Treffen zwischen Klimkin und Ollongren hat das Außenministerium der Ukraine per Twitter berichtet

Wie Ukrinform berichtete, hält sich der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine, Pawlo Klimkin, vom 1. bis 2. Februar zu einem Arbeitsbesuch in den Niederlanden au



[https://static.ukrinform.com/photos/2018\\_02/1517567188-5992.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2018_02/1517567188-5992.jpg)

Lug-info.com: „Wir entwickeln das Gasleitungsnetz aktiv weiter. Seit der Gründung des Unternehmens haben wir 14 Ortschaften an das Gasnetz angeschlossen und die Gasversorgung in mehr als 10 Ortschaften wieder in Betrieb genommen“, teilte die Generaldirektorin des staatlichen Unternehmens Luganskgas Tatjana Bogorodko mit. „2017 haben wir Jushnaja Lomowatka, Krasnodon, Sewernyj, Popowka an die Gasversorgung angeschlossen. Die Durchführung dieser Projekte erlaubt es beispielsweise allein in Krasnodon, etwa 1100 Häuser des privaten Sektors, 135 Mehrparteienwohnhäuser und 14 kommunale Einrichtungen anzuschließen. Die Besitzer von etwa 400 Häusern in Sewernyj werden in naher Zukunft auch die Möglichkeit zu einem Gasanschluss in ihrer Wohnung haben“.

„Nicht alle Einwohner der an das Gasnetz angeschlossen Ortschaften lassen ihre Wohnung gern an das Gasnetz anschließen. Dies liegt vor allem daran, dass es für viele recht schwierig ist, die Arbeiten zum Gasanschluss in der Wohnung und die Ausrüstung auf einmal zu bezahlen“, sagte die Generaldirektorin.

„Da wir das wissen, kommen wir solchen Menschen entgegen. Luganskgas hat entschieden, dass die Anschlussarbeiten in der Wohnung und die Geräte – Gasherde, Durchlauferhitzer u.a. - bei Luganskgas in Raten gezahlt werden können“, berichtete sie.

Diese Zahlungen können auf bis zu 12 Monate verteilt werden. Um dies zu erreichen, muss man sich mit den notwendigen Dokumenten an die Abteilung für Gaswirtschaft vor Ort wenden.

Lug-info.com: **Trennung von Kräften und Mittel bei Staniza Luganskaja – Versuch Nr. 80+n**

Ein Bericht der Vertretung der LVR im GZKK:

Im Verlauf der Sitzung der Arbeitsgruppe zur Sicherheit der Kontaktgruppe am 29. Januar dieses Jahres hat der Vertreter der Ukraine ein weiteres mögliches Datum zur Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Staniza Luganskaja genannt – den 2. Februar 2018, falls bis zu diesem Zeitpunkt keine Beschüsse in diesem Abschnitt registriert würden.

Am 2. Februar 2018 war der Stand so, dass die OSZE-Mission gemäß ihren täglichen Berichten die letzte Verletzung des Regimes der Feuereinstellung in dem o. g. Trennungsabschnitt am 25. Dezember 2017 festgestellt hatte. Trotz der Berichte der OSZE-Mission stellt die ukrainische Seite im GZKK weiter in einseitiger Weise im Vorfeld dieses weiteren, von ihnen selbst benannten Zeitpunkts für die Trennung von Kräften und Mitteln, Beschießungen auf Staniza Luganskaja von Seiten der LVR fest, die nicht von der Vertretung der LVR im GZKK bestätigt werden. So hatte die ukrainische Seite heute alle Grundlagen zur Erfüllung der Rahmenvereinbarungen, aber die Ukraine hat ein weiteres Mal die Durchführung der Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Staniza Luganskaja sabotiert und so ihren vollständigen Unwillen, die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen, demonstriert.

de.sputniknews.com: Russland-Untersuchung: Trump gibt geheimes Memo frei  
US-Präsident Donald Trump hat ein umstrittenes Memo freigegeben. Darin soll der Bundespolizei FBI Befangenheit in der Russland-Untersuchung vorgeworfen werden. Trump hat die Veröffentlichung des geheimen Memorandums am Freitag genehmigt. Das Memo bezieht sich auf die Ermittlungen zu einer angeblichen Einmischung Russlands in die Präsidentschaftswahl 2016 und ist laut Medien eine Zusammenfassung von streng geheimen Dokumenten, die die US-Geheimdienste vorgelegt haben.

In den Dokumenten ist laut „The Wall Street Journal“ die Rede unter anderem von einer Beobachtung der Ausländer, die der Spionage verdächtig sind, sowie von geheimen Befehlen und Anordnungen des US-Justizministeriums.

Das Memo wurde an den Kongress geschickt, es wurde freigegeben. Der Kongress wird tun, was immer er tun will. Aber ich denke, es ist eine Schande, was in unserem Land passiert ist", so Trump, als er nach seiner Meinung zu dem Dokument gefragt wurde. "Viele Menschen sollten sich für sich selbst schämen", so Trump weiter.

Lug-info.com: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst Michail Filiponenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

In der letzten Woche haben technische Einheiten **Arbeiten zur Entminung** durchgeführt, in deren Verlauf fünf Kilometer Stromleitungen in den Gebieten von Pionerskoje, Chrjaschtschewka und Nowokiewka von explosiven Objekten gereinigt wurden.

**In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen 17-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt.** Es wurde mit allen Arten von Waffen geschossen, darunter auch mit von den Minsker Vereinbarungen verbotener 152mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzern, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 290 Geschosse abgefeuert. Im Vergleich zu vorhergehender Woche hat sich die Zahl der Beschießungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte um sieben gesteigert.

Im Verlauf der Woche wurden von den Kiewer Truppen die Gebiete von **Losowoje, Kalinowka, Logwinowo, Kalinowo und Wesjolaja Gora** beschossen.

Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten der Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Majstrenko, der Kommandeur der 10.

Gebirgstruppenbrigade der ukrainischen Streitkräfte Subanitsch und der Kommandeur der 80. Luftsturmbrigade Kowaltschuk.

Gleichzeitig haben die ukrainischen Truppen die **Aufklärung mit Hilfe von Drohnen an der**

**Kontaktlinie aktiviert**, auch zur Feuerleitung des Feuers der Artillerieeinheiten.

Von uns wurden Flüge von Drohnen der ukrainischen Streitkräfte in den Gebieten von Nowotoschkowskoje, Krymskoje und Trjochisbjonka sowie Stepnoje und Troizkoje festgestellt.

Der Hauptteile der ukrainischen Technik und Waffen an der Kontaktlinie kommen regelmäßig in den täglichen offiziellen OSZE-Berichten als in den Lagerorten fehlend zum Ausdruck, was während der Kontrolle der abgezogenen Waffen entdeckt wird.

In der letzten Woche wurden in den OSZE-Berichten das Fehlen folgender Waffen registriert: 7 152mm-Haubitzen „Giazint-B“; 8 152mm-Haubitzen „Msta-B“; 4 152mm-Haubitzen „Akazija“; 2 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“; 14 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“; 13 T-64- und T-72-Panzer und 6 automatische 120mm-Mörser.

Die Zahl der nicht kampfbedingten Verluste in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte in der „ATO“-Zone wächst weiter an.

Ein Soldat der 10. Gebirgsturmbataillon der ukrainischen Streitkräfte ertrug den psychischen Druck von Seiten des Kommandos nicht und beging Selbstmord, indem er sich in den Kopf schoss.

Im Gebiet von Makarowo kam ein betrunkenen Soldat der 80. Brigade der ukrainischen Streitkräfte nicht mit der Führung seines persönlichen Fahrzeugs zurecht und fuhr in einen Graben. Dabei wurde ein Passagier, ein anderer Soldat der ukrainischen Streitkräfte, tödlich verletzt. Dieser Fall wird gegenüber dem übergeordneten Kommando der ukrainischen Streitkräfte verheimlicht.

Im Gebiet von Popasnaja kam einer Soldat der 10. Gebirgsturmbataillon beim Fahren eines Schützenpanzers unter Missachtung der Geschwindigkeitbeschränkung mit der Führung nicht zurecht und fuhr auf ein leichtes Fahrzeug auf. Dabei erlitt der Fahrer des Schützenpanzers Kopfverletzungen, der Fahrer des leichten Fahrzeugs starb vor Ort. Zu diesem Vorfall laufen Ermittlungen.

Insgesamt betragen die nicht kampfbedingten Verluste der ukrainischen Streitkräfte in der letzten Woche sieben Tote und elf Verletzte.

In der letzten Woche haben in der „ATO“-Zone sechs Soldaten aus der 10. und 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte eigenmächtig ihren Dienstort verlassen.

Nach offiziellen Angaben betragen die Verluste der ukrainischen Streitkräfte in der letzten Woche drei Tote und drei Verletzte.

Lug-info.com: Heute haben ukrainische Massenmedien eine in Facebook veröffentlichte Mitteilung des Freiwilligen Jurij Mysjagin veröffentlicht, dass die ukrainischen Streitkräfte Katerinowka im Popasnaja-Bezirk eingenommen hätten. Dies kommentierte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko:

Heute ist in Massenmedien der Ukraine eine Information über die Besetzung von Katerinowka im Popasnaja-Bezirk des „Lugansker Oblast“ durch ukrainische Soldaten erschienen. Ich möchte erläutern, dass in dieser Ortschaft früher und heute Einheiten des 109. Gebirgsturmbataillons der 10. Gebirgsturmbataillon der ukrainischen Streitkräfte stationiert sind, drei km von der Kontaktlinie entfernt, sie befinden sich selbst außerhalb der sogenannten „grauen Zone“.

Interessant ist auch die Tatsache, dass ukrainische Informationsressourcen sich auf die Facebook-Seite irgendeines Freiwilligen Mysjagin als ursprüngliche Quelle beziehen, wo in den Kommentaren dazu schon mitgeteilt wird, dass Katerinowka bereits zuvor unter Kontrolle der ukrainischen Streitkräfte war.

## **Abends:**

Dan-news.info: „In der diensthabenden Einheit der Verkehrspolizei der DVR ist eine Mitteilung eines 69jährigen Einwohners des Kalininskij-Bezirks von Donezk eingegangen, der mitteilte, dass ein Unbekannter auf einem Parkplatz auf sein Fahrzeug aufgefahren und vom Unfallort geflohen ist“, heißt es in einer Mitteilung des Innenministeriums der DVR. „Im Verlauf der Befragung von Augenzeugen und nach Ansehen eines Videos von einer Beobachtungskamera stellten die Mitarbeiter der Verkehrspolizei den Fahrer, der an dem Unfall beteiligt war, fest. Er erwies sich als **Beobachter der OSZE-Mission in der Ukraine**“.

Gegenüber dem Schuldigen hat die Polizei ein verwaltungsrechtliches Protokoll wegen **Fahrerflucht** erstellt. Die vorgesehenen Strafen sind Zahlung einer Strafgebühr, möglicherweise der Entzug der Fahrerlaubnis für ein Jahr oder Verwaltungsarrest für 15 Tage.